

# **Frauke Petry zur Verantwortung der Christen in der Politik**

## **Politisches Handeln auf dem Boden von Überzeugungen**

*Von Peter Helmes*

*Meine langjährigen Leser wissen, daß wir uns gerne mit Grundsatzfragen der Politik beschäftigen. Grundsätzliche Überlegungen bzw. deren Ergebnisse sind der Kompaß, der für politisches Handeln wichtig ist. Leider geht er im politischen Tagesgeschäft oft verloren. Deshalb ist es wichtig, sich von Zeit zu Zeit zu besinnen und sich kritisch zu fragen, auf welchem Fundament ich stehe und wohin ich will.*

*Frau Dr. Frauke Petry, eine der Vorsitzenden der AfD, nimmt sich diese Zeit und erläutert in einem ausführlichen, in die Tiefe gehenden Gespräch ihre Grundsatzpositionen und Überzeugungen. Wer meint, die AfD nur mit Dreck bewerfen zu können, sollte dieses Interview, das Thomas Schneider führte, gründlich studieren. Er dürfte dann sehr bald seinen eigenen Standpunkt überdenken.*

*Ich danke Thomas Schneider für das Interview und die einfühlsame Fragestellung.*

23. Februar 2016

## **Christ und Politik – AG WELT mit Dr. Frauke Petry von der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Gespräch.**

***Von Thomas Schneider***

Christen leben in dieser Welt, auch wenn sie sich nach Römer 12,2 nicht dieser Welt gleich stellen sollen. Gott ermahnt durch Sein Wort, dass sie ihre Denkweise nicht am Verhalten und an den Gewohnheiten dieser Welt orientieren, sondern sich von Gott erneuern, also an Seinem Willen ausrichten lassen sollen. Dann erst, so sagt es die Bibel, werden Christen prüfen können, was Gottes Wille ist, ob etwas gut ist, ob es Gott gefallen würde und ob es zum Ziel führt. Das Prüfen geschieht einzig und allein am Wort Gottes. Es zeigt klar und deutlich, von was sich Christen prägen lassen sollen.

*(Photo: Thomas Schneider/AG WELT)*

Solange ein Christ atmet und sein Herz noch schlägt, lebt er – wie jeder andere Mensch auch – mitten in dieser Welt. Auch ein Christ arbeitet, bekommt Lohn, zahlt Steuern, geht in Supermärkte oder Bio-Läden einkaufen, kleidet sich, fährt Auto oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Er nimmt am sogenannten gesellschaftlichen Leben teil. Damit übernimmt er auch Aufgaben und Pflichten. Und er trägt in seiner Familie, am Arbeitsplatz, in der Schule, beim Studium, in der christlichen Gemeinde und sogar in seiner Freizeit Verantwortung. Verantwortung vor Gott und seinen Mitmenschen.

So gibt es Christen, die Verantwortung in der Politik übernehmen. Zu ihnen gehört Dr. Frauke Petry (Leipzig). Der Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen hat sie ein Interview gegeben:

AG WELT: Frauke Petry, ein Name, der seit Gründung der Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) in säkularen und christlichen Medien immer wieder zu lesen und zu hören ist. Sie sind beliebt und gehasst. Sie sind Christ, mit einem Pfarrer verheiratet und haben sich nebenberuflich zur Organistin ausbilden lassen. Sie

gehören als Sprecherin dem Bundesvorstand der AfD an. Seit 2013 sind Sie eine von drei Parteisprechern und Vorsitzende der AfD in Sachsen. Bei der Landtagswahl 2014 wurden Sie als Spitzenkandidatin ihrer Partei in den Sächsischen Landtag gewählt. Frau Petry, welche Bedeutung hat für Sie das christliche Menschenbild in der Politik? Was bedeutet für Sie "Verantwortung vor Gott", wie sie in der Präambel des Grundgesetzes verankert ist?

**Frauke Petry:** *Ich versuche, die christliche Weltanschauung jeden Tag zu leben. Das heißt nicht, dass ich versuche mein Umfeld zwangsläufig zu missionieren. Aber ich bin davon überzeugt, wenn man selbst versucht auf dieser Grundlage zu handeln, dass das auch im Zusammenleben mit allen Menschen, mit denen man zu tun hat, hoffentlich spürbar wird.*

AG WELT: Wie wollen Sie die Achtung vor dem christlichen Glauben in unserem Land stärken?

**Frauke Petry:** *Das Bewusstsein dafür, dass unsere Gesellschaft – nicht nur, aber zu sehr großen Teilen – auch vom christlichen Menschenbild und der Geschichte des Christentums basiert, ist schon schwer durchzusetzen; weil viel Wissen darüber, wo unsere gesellschaftlichen Grundsätze herkommen, meines Erachtens schon verloren gegangen ist. Das äußert sich in vielen kleinen Dingen: dass man oftmals nicht mehr weiß wo Zitate herkommen, dass die Zehn Gebote nicht mehr gekannt werden und dass man sich besorgt fragt, wie sich unsere Gesellschaft verändert, wenn dieses Wissen weiter verloren geht. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass ein wichtiger Anteil bei der Bewahrung unserer christlichen Grundsätze der Gesellschaft darin zu suchen ist, dieses Wissen mehr zu vermitteln. Dieses Wissen muss in Familie und in Schulen vermittelt werden. Deswegen halte ich den Religionsunterricht an Schulen, auch wenn prinzipiell Bekenntnisfreiheit herrscht, für enorm wichtig. Ich finde es nachteilig, dass beispielsweise in Brandenburg bereits kein Religionsunterricht mehr stattfindet. Ich befinde mich da in einem gewissen Zwiespalt, weil ich selbst keinen Religionsunterricht genossen habe, zu DDR-Zeiten war das ja nicht möglich. Dafür gab es die Christenlehre. Wenn wir sehen, dass Grundsätze des christlichen Zusammenlebens mehr und mehr verloren gehen – selbst innerhalb der Kirche gibt es Menschen die Glauben, dass man die Kirche zum Glauben nicht mehr braucht, weil man auch privat in der eigenen Wohnung gläubig sein kann – dann ist das für mich schon ein Zeichen, dass ein ganz wesentlicher Anteil von Christentum, nämlich die Gemeinschaft, dass sich diese auf dem Rückzug befindet. Und da die Gesellschaft ja insgesamt an der individualisierten Lebensweise krankt, weil übertrieben gesagt jeder nur noch an sich denkt, weil viel zu wenige auch an ihre Mitmenschen denken, kann ich den Gedanken, den Glauben nur noch im Privaten leben zu wollen, nur bedingt nachvollziehen. Wenn man Kritik an der Institution Kirche oder an der Institution Glaubensgemeinschaft hat, ist man als verantwortlicher Gläubiger aufgefordert, sich nicht nur zu bedienen sondern sich aktiv und auch kritisch zu beteiligen.*

AG WELT: Wie sehen Sie den Staatskirchenvertrag?

**Frauke Petry:** *Ich glaube, dass der richtig ist. Ich weiß, es gibt viel Kritik an den Staatskirchen, auch von den freikirchlichen Gemeinschaften, gerade auch an der Institution Kirchensteuer. Freikirchen haben es da sicherlich etwas schwerer als die Landeskirchen. Ich glaube aber, dass es sich nicht nur darauf reduzieren lässt, was die Kirche über den Staat bekommt als Kirchensteuer. Ich glaube schon, dass die*

Landeskirchen innovativer wären, wenn sie an dieser Stelle keine so starke Bindung hätten. Andererseits muss ich auch die Position meines Mannes vertreten: Kirche nimmt auch Aufgaben wahr, Aufgaben, die der Staat an die Kirche abgetreten hat. Wenn ich sehe, wie beispielsweise in Frankreich der laizistische Staat zu einem Rückzug der Kirche und des Glaubens aus der Gesellschaft geführt hat, dann ist das nichts, was ich mir für Deutschland wünsche, was nicht heißt, dass es trotzdem passiert. Trotz dieser Staatskirchenverträge ist die Entkirchlichung der Gesellschaft immer weiter vorangeschritten. Wir haben da insgesamt einen Wandel in unseren europäischen Gesellschaften, hin zu einem entkirchlichten Leben. Und welche Probleme das dann mit sich bringt, wenn Menschen einwandern, deren Religion doch weitgehend ein Staatsverständnis ist, erleben wir ja gerade. AG WELT: Frau Petry, Sie haben gemeinsam mit Ihrem Ehemann vier Kinder. Wann beginnt für Sie menschliches Leben und was wollen Sie dafür tun, um es vom Anfang bis zum natürlichen Ende dauerhaft zu schützen?

**Frauke Petry:** Das ist eine schwierige Frage. Ich wünsche mir, dass die Gesellschaft Leben ab dem Augenblick akzeptieren kann wo es entsteht, nämlich bei der Zeugung. Ich weiß aber aus Gott sei Dank eigener nur begrenzter Erfahrung, dass es natürlich in den Zeiten zwischen der Zeugung und der Geburt zu vielen Problemen kommen kann, die nicht immer auf natürliche Weise der Körper allein. Und da mag es Grenzsituationen geben, bei dem ich wünsche, dass er nie in eine solche gerät. Jeder kann nur froh und glücklich sein sein, wenn er vor diese Prüfung nicht gestellt wird. Ich bin, entgegen der Aussage im Wahlkampf, nicht zwangsläufig für ein schärferes Abtreibungsrecht. Das hat man mir in den Mund gelegt. Ich glaube, dass wir trotzdem zu viele Abtreibungen haben und dass es schöner wäre, wenn sich viele Frauen in Deutschland für die Kinder entschieden, für die sie sich nicht entscheiden. Ich glaube nicht, dass es primär eine Frage ist, die man nur über Gesetze und Zwang und Strafandrohung regeln kann, weil jedes Verbot eine Flucht vor dem Gesetz ins Ausland nach sich zieht. Wenn wir auf den Anfang des Lebens schauen, müssen wir genau so kritisch auf das Ende des Lebens schauen. Ich wünsche jedem Menschen einen natürlichen Tod und ein Leben, das er bis ans Ende bejahen kann. Aber wenn wir ehrlich sind, wissen wir, dass das auch nicht immer der Fall ist und deshalb ist die Frage, wie man mit dem Ende des Lebens umgeht in einer Gesellschaft, in der technisch fast alles möglich zu sein scheint, eine ebenso kontroverse. Deshalb kann ich viele Menschen verstehen, die sagen, dass sie auch noch mitreden wollen wenn es ans Ende ihres Lebens geht. Auch wenn es natürlich dem Glauben widerspricht, dass nur der Schöpfer, Gott darüber entscheiden kann, wie lange ein Mensch leben darf oder nicht. Aber Menschen greifen ja auch, wenn ich an die Intensivmedizin denke, in diese Abläufe ein. Und oftmals wird der Wille des Menschen, weiter zu leben oder nicht weiter zu leben, eine Behandlung zu erhalten oder nicht zu erhalten, schon deutlich vor dem tatsächlichen Lebensende auch beeinflusst. Vielleicht im Guten meinent, aber auch manipulierend. Wenn eine Therapie angetragen wird, bei der man aus ethischen Gründen sagen würde, das muss man dem Menschen nicht mehr zumuten, wie es bei der Krebstherapie so häufig der Fall ist, da habe ich auch eigene Erfahrung, merkt man, dass man diese Frage nicht pauschal entscheiden kann. Wir haben als Deutsche mit dem Thema Euthanasie und Sterbehilfe sehr verantwortlich umzugehen. Ich habe den Eindruck, dass man das versucht. Das Gegenteil von Sterbehilfe ist eben nicht Lebensverlängerung um jeden Preis. Deshalb kann ich dazu auch keine abschließende Antwort geben.

AG WELT: Befürworten Sie Forschung an embryonalen Stammzellen und Klonexperimente an menschlichen Zellen?

**Frauke Petry:** Die sehe ich, weil ich selbst Wissenschaftlerin bin, sehr kritisch, weil aus dieser Forschung, deren Grundlagenwissen möglicherweise sehr interessant ist für uns, immer gleich Heilsversprechen abgeleitet werden, die in den allerseltensten Fällen eintreten. Die sogenannten Therapien, mit denen wir alle Krankheiten lösen können, sind für mich eine Illusion, weil Leben auch Krankheit beinhaltet. Ich halte deshalb die ausgerufenen Ziele der WHO zur totalen Beseitigung von Infektionskrankheiten oder Erbkrankheiten für eine Verdummung der Menschen. So funktioniert Natur einfach nicht. Da, wo ich Selektionsdruck aufbaue, wird die Natur darauf reagieren. Klonexperimente halte ich für grob fahrlässig. Es hat sich durch die medizinische Forschung eine Industrie, beispielsweise eine Versuchstierindustrie entwickelt, wo Tiere, die ja genauso ein Lebensrecht haben, ein Recht ordentlich behandelt zu werden, wo sie aber gewissermaßen maschinell generiert werden. Sie werden nicht mehr geboren, sondern produziert. Das ist ein Umgang mit der Schöpfung, den ich einfach nicht gutheißen kann. Ich habe jahrelang mit Versuchstieren gearbeitet und ich fand das fürchterlich.

AG WELT: Frau Petry, Sie wirken ehrenamtlich im Gleichstellungsbeirat des Freistaates Sachsen mit. Wie bringen Sie sich dort ein und was sind Ihre Schwerpunkte? Sind Sie für die völlige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe?

**Frauke Petry:** Ich bin in diesen Gleichstellungsbeirat als Firmenvertreter gekommen, weil ich einen Unternehmerpreis bekommen habe. Mir ist aufgefallen, dass dort auf einer sehr theoretischen Ebene diskutiert wird mit einem unwahrscheinlich großen Kreis von Interessensvertretern. Ich habe dort keine Interessen vertreten sondern nur gelernt, dass es bislang in Sachsen kein Gleichstellungsgesetz gab. Ich bin für Gleichberechtigung. Aber ich stehe dafür, dass die Menschen nicht gleich sind und dass wir froh darüber sein können. Deswegen ist für mich die Gleichstellung nicht nur von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gegenüber Heterosexuellen, sondern auch das generelle Ausufern von Gleichstellung in nahezu allen Lebensbereichen eine Illusion und führt auch im Rahmen des meiner Ansicht nach völlig pseudowissenschaftlichen Gender Mainstreaming zu einer immensen Geldverschwendung und der Verbreitung einer Ideologie, die sich als Wissenschaft tarnt. Es ist richtig, dass Homosexuelle, ob Mann oder Frau, nicht diskriminiert werden. Das leitet aber im Umkehrschluss auch keine totale Gleichstellung ab. Es muss in Deutschland immer möglich sein, die normale Familie aus Vater, Mutter und Kindern als Leitbild darzustellen. Patchwork Familien muss man ja nicht von vorneherein anstreben.

AG WELT: Wir nehmen in unserer Gesellschaft, besonders im Bildungswesen, eine zunehmende Sexualisierung wahr. Die AfD hat dazu Stellung bezogen. Wie ist Ihre Position dazu?

**Frauke Petry:** Wir haben uns gegen eine Frühsexualisierung ausgesprochen. Ich finde es völlig in Ordnung, dass es in der Schule einen Aufklärungsunterricht gibt. Das sollte nicht dem Zufall überlassen werden. Auch wenn wir in Deutschland zu wenige Kinder haben, sind Teenager-Schwangerschaften sicher nicht das, was wir für unsere Kinder und Jugendlichen wollen. Es ist entwicklungspsychologisch nicht

nachzuvollziehen, dass dieser Sexualkundeunterricht bereits in der Grundschule beginnt, oder noch schlimmer, so wird in Nordrhein Westfalen propagiert, bereits im Kleinkindalter. Natürlich hat jeder Mensch eine Sexualität und eine Intimsphäre, diese zu entwickeln, gehört genauso zur menschlichen Entwicklung dazu. Sexualkunde und Sexualerziehung sollten dann stattfinden, wenn sie entwicklungspsychologisch für das Kind relevant wären.

AG WELT: Sehen Sie dort nicht auch die Schwerpunktaufgabe der Eltern?

**Frauke Petry:** Die Eltern haben auf jeden Fall dort ihre Aufgaben. Dennoch halte ich es nicht für falsch, dass in der Schule darüber gesprochen wird, solange es sich im Rahmen hält und die Intimsphäre der Kindern und Jugendlichen nicht verletzt. Die Aufklärungsbücher, die man allgemein zu kaufen bekommt, sind für Kinder ab elf oder zwölf. Also etwa das Alter, das hat sich ja etwas verschoben biologisch in den letzten Jahrzehnten. Mädchen werden geschlechtsreif im Alter von zwölf und Jungs ein bisschen später. Genau in die Zeit gehört auch die Beschäftigung mit diesem Thema und nicht vorher.

AG WELT: Sie sind viel beschäftigt. Sie sind Unternehmerin und Gründerin des Unternehmens PURinvent GmbH in Leipzig-Plagwitz und Geschäftsführerin der neu firmierten PURinvent System GmbH. Sie haben im Berufsumfeld mit Menschen zu tun. Was bedeutet für Sie als Politikerin – denn das sind Sie ja auch – soziale Gerechtigkeit und welche Rahmenbedingungen wollen Sie, auch durch Ihre politische Verantwortung schaffen, damit jeder Mensch den Lohn erhält, der ihm nach Qualität und Quantität seiner Arbeit zusteht?**Frauke Petry:** Mein Unternehmen, obwohl wir durchaus in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewesen sind, hat selbst in diesen Phasen nie unter Mindestlohn gezahlt. Das war zu Zeiten, als es noch gar keinen Mindestlohn gab. Es gibt gewisse Regeln, an die man sich als Unternehmer zu halten hat. Dass wir immens Probleme mit dem Mindestlohn haben liegt ja nicht nur daran, dass die Löhne zu niedrig sind, sondern dass selbst in den unteren Lohngruppen – durch einen sehr hohen Anteil an Sozialabgaben – von dem Lohn, der gezahlt wird, zum Teil nur sehr wenig übrig bleibt. Ich glaube, wir haben nicht nur ein Lohnniveauproblem sondern ein Problem in unseren Sozialsystemen in Deutschland, das sicher auf einem hohen Niveau funktioniert, aber auf einem sehr hohen Niveau vor allem von den abhängigen Angestellten finanziert wird. Ich folge sehr gern der Theorie Jürgen Borcherts, der ja in vielen Urteilen die Ungerechtigkeit in den Sozialsystemen, insbesondere für Familien angeprangert hat, die ja nachweislich die Hauptlasten der Sozialsysteme tragen. Und zwar nicht nur bei der Rente, aber eben auch bei der Rente, auch bei den Gesundheitssystemen und anderen Sozialversicherungen. Wir müssen nicht darüber nachdenken, dass per se abzubauen, sondern wir müssen darüber reden, wie die Lasten für diese Systeme gerechter verteilt werden können.

AG WELT: Und dass, obwohl Deutschlands Bevölkerung schrumpft. Diese Entwicklung ist geschuldet der Abtreibung ungeborener Kinder, dem erheblichen Mangel an Geburtenzuwachs, der Abwanderung und der Mensch wird dank unseres Gesundheitssystems immer älter. Welche Alternativen zum sogenannten "Generationenvertrag" haben Sie mit der AfD, um eine weitere Verarmung auch der alt gewordenen Bürger zu stoppen?

**Frauke Petry:** *Als Erstes muss man das Wort "Generationenvertrag" kritisieren, weil es den de facto nicht mehr gibt. Der Generationenvertrag ist letztlich – wenn man es*

*hart ausdrücken will – bereits in dem Augenblick gekündigt worden, als die Sorge für die Jungen von der Sorge für die Alten abgekoppelt wurde. Und das war bereits mit Einführung der gesetzlichen Rente in den 1960er Jahren der Fall. Das haben katholische Sozialökonomien damals sehr gut konzipiert, aber der alte Kanzler Adenauer hat es mit dem bekannten Ausspruch weggewischt: "Kinder bekommen die Leute immer". Aber das ist eben nicht der Fall. Wobei der Geburtenrückgang eben nicht nur auf die Gebärunwilligkeit zurückgeführt werden muss, sondern auch sicherlich auch auf andere gesellschaftliche Effekte, unter anderem auf die medizinische Entwicklung wie die Pille und vieles mehr. Man sollte dieses Problem nicht vereinfachen. Wir haben kein fertiges Konzept anzubieten. Das gestehe ich gern ein. Klar ist, dass wir eines nicht machen dürfen: wir dürfen die zunehmende Altersarmut, die ja noch zunehmen wird, bei der wir noch lange nicht das Ende gesehen haben, nicht gegen die Bedürfnisse der Jungen ausspielen. Wir dürfen die Bedürfnisse beider nicht gegeneinander ausspielen. Es kann nicht sein, dass die Sorge der Jüngeren, letztlich der jungen Familien oder derer die es werden wollen, in den Diskussionen der Politiker immer weniger vorkommen als das Rentenniveau der älteren Bevölkerung. Das sage ich aber jetzt aus einer Situation, in der zwar schon viele arme Rentner da sind, wir aber eben noch lange nicht die Höchstzahl der Armutsrentner erlebt haben. Selbst wenn wir eine Wende in den Geburten erreichen wissen wir, dass das frühestens für die übernächste Generation ein Effekt sein wird. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir über Umschichtung im Staatshaushalt etwas erreichen können.*

AG WELT: Sehen Sie nicht auch dort einen Widerspruch, dass wir Milliarden in EU-Länder stecken, um deren Haushalte in Ordnung zu bringen?

**Frauke Petry:** *Natürlich, wir müssen überlegen, wofür in unserem Land Geld ausgegeben werden kann, wofür wir Geld in Europa ausgeben, ob das jetzt Transfers von Euro-Rettungsmilliarden, nicht nur an kleine EU-Länder, sondern an Banken sind. Es hat vor kurzem einer so schön gesagt, dass wir möglicherweise auch Griechenland wieder ein Rettungspaket zahlen müssen, landet eben noch nicht mal bei den Menschen die es nötig haben, sondern es finanziert die Zinszahlungen zum Teil an unsere eigenen Banken, Zurücklauf auch an andere Banken. Aber das Geld der Banken landet dann wiederum nicht bei dem deutschen Steuerzahler sondern irgendwo, nur nicht bei den Menschen. Und das ist das Allerschlimmste an dieser gesamten Rettungsideologie, die also gar nicht dazu gedacht ist Menschen und Länder zu retten sondern eben letztlich Banken. Wir müssen auch überlegen, ob wir in der EU nicht völlig fehlgeplant sind, wenn man sieht, dass nahezu die Hälfte des EU-Haushalts für Agrarsubventionen draufgeht, bei denen man sich fragt, was sie auch im Ausland, in Afrika anrichten, wo unter anderem die Menschen strömen. Migration hat es immer gegeben und Wohlstandsgefälle hat es auch immer gegeben. Aber dass wir mit EU-Agrar-Subventionen Hähnchenabfälle nach Afrika transportieren, die heimische Textilindustrie kaputt machen oder die Milch von Deutschland nach Griechenland schaffen um daraus Joghurt zu machen, und vieles andere mehr. Das ist steuerfinanzierter Wahnsinn! Unsere gesamte Wirtschafts- und Subventionspolitik gerade im Rahmen der immer so hoch gehaltenen erfolgreichen EU hat so viele Mängel, die zu einer gigantischen Geldverschwendung führen. Diese Politik muss komplett auf den Prüfstand gestellt werden. Ebenso viele andere Subventionen, und da ist Gender Mainstreaming nur ein Beispiel.*

AG WELT: Da sind wir auch beim nächsten Thema, wo es ebenso um Geldverschwendung geht. Es geht um Energieressourcen in unserem Land. Wo wird sich die AfD spezialisieren, in welche Richtung soll es mit der Energie gehen?

**Frauke Petry:** *Die AfD hat sich auf die Fahne geschrieben, der Wissenschaftlichkeit, also den Fakten den Vorrang zu geben. Ich hoffe sehr, dass wir bei diesem Credo bleiben. Weil Wissenschaft und Glaube nicht so weit voneinander getrennt sind. Auch Wissenschaftler sind, entgegen einer landläufigen Meinung, nicht neutral. Und jeder Wissenschaftler, der das negiert, ist für mich kein guter Wissenschaftler, weil er an dieser Stelle die eigene Psyche und Vorstellungskraft außer Acht lässt. Was die derzeitigen Energieversorgungssysteme angeht, wollen wir vor allem die Subventionen zurückfahren. Wir halten es für völlig falsch, dass wir mit Steuermilliarden, also wieder mit sehr viel Geld, das wir anderswo wirklich dringender brauchen, eine zweite Energieinfrastruktur finanzieren, bei der noch nicht klar ist, welche Umweltlasten sie am Ende hat. Die Risiken werden derzeit kleingeredet. Gerade im Osten Deutschlands, wo wir vor zwanzig, fünfundzwanzig Jahren die komplette Kraftwerksinfrastruktur auf den neuesten Stand gebracht haben. Kraftwerke leben im Allgemeinen vierzig bis fünfzig Jahre, wenn sie gut gepflegt werden. Diese jetzt wegwerfen wollen? Wieder steuersubventioniert, um der grünen Ideologie hinterher zu hängen? Wohlgermerkt, ich habe gar nichts gegen erneuerbare Energien, wenn man die Flächennutzung, den Flächenverbrauch und die Umweltlasten ähnlich neutral berechnet wie man das bei anderen Energieformen tut. Wir wissen, weder bei der Kernenergie noch bei sonstiger Energieerzeugung hat man das jemals neutral getan, sondern auch immer ideologisch motiviert. So hat man lange die Risiken der Atomenergie kleingeredet. Wir lassen eben auch Forschung, die über Jahrzehnte getätigt wurde, einfach hinten runterfallen. Das ist das gleiche wie mit der Abschaffung des Steinkohlebergbaus, wo man nur eine große Konzeptlosigkeit entdecken kann und keine nachhaltige Strategie.*

AG WELT: Nun wachen die Bürger in unserem Land so langsam auf. Sie lassen sich nicht mehr alles gefallen. Sie denken nach. Sie schalten nicht nur den Fernseher ein sondern denken mit und prüfen auch. Wie wollen Sie dazu beitragen, dass die Politikmüdigkeit, die wir ja noch teilweise haben, von den Bürgern abgelegt wird?

**Frauke Petry:** *Die Bürger wieder stärker zu aktivieren für gesellschaftliche und politische Vorgänge, ist auch eine Generationenaufgabe. Ich denke, dass die meisten etablierten Politiker damit ganz gut leben, dass die Bürger sich eigentlich nur alle vier Jahre oder fünf Jahre maximal dafür interessieren. In Sachsen haben wir gemerkt, es interessiert sich gerade mal die Hälfte dafür. Was nicht heißt, dass die Menschen, die per se nicht zur Wahl gehen, alle unpolitisch oder nicht politikinteressiert sind. Ich glaube, ein signifikanter Anteil der fünfzig Prozent in Sachsen hat nur einfach den Glauben verloren, dass es glaubwürdige Politiker gibt. Sie haben anfangs gefragt, wie ich versuche den christlichen Glauben, meinen Ethos zu leben: indem ich glaubwürdig und ehrlich bin. Was nicht heißt, dass man immer alles sagen kann, was man sagen möchte. Auch Politik braucht eine Strategie und eine Wahrheit, die man selbst für richtig hält, kann nicht zu jedem Zeitpunkt die gleiche Wirkung erzielen. Deswegen muss man in der Politik mit dem Wissen, das man hat oder erwirbt, verantwortungsvoll umgehen. Wir müssen die Menschen bilden. Wir brauchen ein besseres Bildungssystem. Wir müssen zurück zu mehr Standards. Man hat häufig den Eindruck, dass Bildung nicht mehr in dem Maße stattfindet, wie man sie braucht, um mündige diskussionsfähige Bürger zu erziehen.*

*Wir beginnen schon viel zu früh in der Schule damit, dass man auf politisch korrektes Verhalten eingeschworen wird. Staat ist da auch politisch schon lange nicht mehr politisch neutral, nicht nur in Wahlkämpfen sondern auch dazwischen nicht. Viele wollen den mündigen Bürger nicht mehr haben. Und Wissen ist die Voraussetzung für mündiges und demokratiefähiges Verhalten.*

AG WELT: Nun wird ja in den Medien fast immer von einer "vermeintlichen" Islamisierung gesprochen. Es wird behauptet, dass sich die Menschen eine Unterwanderung unserer Gesellschaft durch den Islam nur einbilden würden. Meinen Sie, dass diese nur einer Fiktion nachjagen?

**Frauke Petry:** *Natürlich erleben wir Einwanderung, unkontrollierte Einwanderung in Europa seit Jahrzehnten. Es ist das Versäumnis von zahlreichen Regierungen, nicht nur in Deutschland, dass wir bei der Einwanderung konzeptlos vorgegangen und Politiker davon ausgegangen sind, dass man dieses Thema ignorieren kann. Das Problem, dass wir beim Islam als Christen haben, ist, dass der Islam einfach ein völlig anderes Verhältnis zu Staat und Gesellschaft hat. Ganz anders als das Christentum, das als unterdrückte Glaubensrichtung geboren und erst danach zur Staatsreligion wurde und durchaus auch viele Schattenseiten hatte. Das heutige Christentum hat, weil es durch die Trennung von Staat und Kirche neben dem Staat existiert, sein Staatsverständnis weitgehend aufgegeben hat. Was auch zur Entfremdung von Kirche geführt hat. In aufgeklärten Staaten existieren Inquisition und ähnliche Dinge nicht mehr, die noch vor Jahrhunderten existiert haben. Das Christentum, in weiten Teilen der Welt, ist begleitet von einer historisch-kritischen Forschung, die sicher unterschiedlich betrachtet wird, aber Teil des aufgeklärten Charakters ist. Man versucht, Schrift und Deutung voneinander zu trennen. Das ist im Islam weitgehend nicht der Fall.*

AG WELT: Was sagen Sie dazu, wenn ich von mir aus sage: Ich glaube dem, was in der Heiligen Schrift, der Bibel, geschrieben steht?

**Frauke Petry:** *Dann ist das in Ordnung. Das dürfen Sie glauben, aber Sie akzeptieren auch, dass es Menschen gibt, die das nicht glauben. Und Sie werden diese Menschen deswegen nicht gesellschaftlich oder politisch ächten. Das ist der entscheidende Unterschied zum Islam.*

AG WELT: Weil der Islam eine sozio-politische Religion ist?

**Frauke Petry:** *Ganz genau. Aber das geht in der öffentlichen Diskussion völlig unter. Man verlangt vom Islam weitgehend noch nicht, dass er sich an dieser Stelle fortentwickelt. Das ist aber notwendig, um tatsächlich das friedliche Zusammenleben der Religionen, das prinzipiell ja erwünscht ist, auch zu gewährleisten. Ich denke an der Stelle verstehen viele Christen auch gar nicht, wie verschiedene islamische Strömungen ticken, weil man selbst gar nicht mehr weiß, wie Christentum jetzt tickt. Man kann sich noch an dunkle Zeiten erinnern, die einem vorgehalten werden. Aber die Wandlung des Christentums im Laufe der Jahrhunderte wird völlig außer Acht gelassen.*

AG WELT: Nun waren ja die Kreuzzüge nicht nach der Bibel, sondern menschliche Ideen die dort verfolgt wurden. In der Heiligen Schrift steht ja nicht, dass wir zur Gewalt aufrufen sollen. Im Gegenteil, Jesus ruft uns ja dazu auf, dass wir uns in Gewaltlosigkeit und Liebe begegnen sollen. Nun wird Christen in der ganzen



Diskussion – auch im Blick auf Frankreich – der Vorwurf gemacht: Dann sollten wir euch auch einen Maulkorb verpassen.

**Frauke Petry:** *Das Problem ist, dass man demokratische Regeln immer mit undemokratischen Methoden unterlaufen kann, dass die Demokratie an der Stelle immer gefährdet ist. Wenn wir sie aber ernst nehmen, dann dürfen wir niemals – auch nicht nach solchen fürchterlichen Anschlägen wie in Paris und anderswo – die Meinungsfreiheit aufs Spiel setzen. Die Instrumentalisierung, die manchen, wie Pegida, vorgeworfen wird, passiert minütlich und stündlich in all unseren Medienanstalten. Das heißt, man behauptet, man manipulierte nicht, und manipuliert in einem Maß, dass es kaum noch anzuhören ist.*

AG WELT: Würden Sie sagen, dass die Vierte Gewalt im Staat, die Medien, dazu beitragen, dass es eine Spaltung der Gesellschaft gibt?

**Frauke Petry:** *Die Vierte Macht im Staat wird ihrer Verantwortung in der Rolle die sie ausübt, meiner Ansicht nach schon lange nicht mehr gerecht. Medienvertreter ärgern sich offensichtlich maßlos über den verkürzten Ausruf "Lügenpresse" – den man aber verstehen kann, wenn man sieht, dass viele Zeitungen am Ende wenigen privaten Konzernen gehören, wenn man sie zusammenzählt – in denen Journalisten oftmals auch nur noch Manövriermasse sind und nicht mehr unabhängig schreiben können, obwohl sie das selbst nur schwer für sich zugeben können. In diesen Medienkonzernen wird nicht mehr berichtet. Die sogenannte Berichterstattung enthält zunehmend Kommentare. Eine Presse, die kommentiert bevor sie berichtet, kommt ihrem Auftrag der Abbildung der Pluralität der Meinungen nicht mehr nach und hat deswegen immer mehr Propagandaelemente. Und das ist etwas, worauf gerade die Bürger im Osten natürlich aus ihrer Geschichte heraus sehr viel sensibler reagieren als im Westen.*

AG WELT: Christen in der AfD haben sich zusammengeschlossen. Eine Bewegung ist im Aufbau. Die Bundeskoordinatorin Anette Schultner aus Hameln sagte gegenüber dem evangelischen Nachrichtenmagazin ideaSpektrum, dass sie von der AfD-Führung auch Unterstützung erhalte. Ist dem so?

**Frauke Petry:** *Ja, die Christen in der AfD sind, sind – soweit ich weiß – keine anerkannte Gruppe in der AfD, wobei es da alle möglichen Varianten gibt. Es gibt auf jeden Fall eine ganze Reihe von Christen in der AfD. Ich muss ihnen jetzt die Prozentzahl schuldig bleiben. Einer meiner eigenen Landesvorstände, Hubertus von Below, ist selbst in dem Arbeitskreis "Christen in der AfD". Ich werde auf jeden Fall dazu beitragen, dass sie weiterhin Unterstützung finden. Man darf sich aber auch nichts vormachen. Auch die AfD ist ein Abbild einer säkularen Gesellschaft, in der die Christen eben nicht mehr in der Mehrzahl sind. Da ich fest daran glaube, dass christliches Handeln auch eine positive Folge für das Christentum an sich haben wird, wenn man es nur glaubwürdig tut. Was nicht heißt, dass man fehlerfrei sein muss, weil das niemand ist und auch niemand sein kann. Aber das überzeugend zu leben, wird auch dazu führen, dass vielleicht wieder mehr Menschen sich mit dem Christentum beschäftigen. Deswegen lasse ich auch bei meinen dezidiert atheistischen Mitstreitern durchaus nicht aus, sie ab und zu in die Kirche mitzunehmen, auch wenn sie das für überflüssig halten. Denn ich glaube, dass der Heilige Geist niemandem schadet.*

AG WELT: Abschließend bitte ich Sie als Frauke Petry, die jeweils genannten Satzanfänge spontan zu ergänzen.

Die Menschen in unserem Land brauchen...

*...aufrichtige Politiker.*

Bürger sollten die AfD wählen...

*...wenn sie langfristig eine andere Politik wollen.*

Als Ehefrau, Mutter, Unternehmerin und Politikerin...

*...habe ich zu wenig Zeit für meine Familie.*

Jeder Mensch ist für mich...

*...wertvoll und zu achten.*

Auf der Orgel spiele ich sehr gern das Lied...

*...Jesus, meine Freude.*

Christen sollten sich in der AfD engagieren...

*...weil es eine neue demokratische Kraft ist.*

Für mich ist der Glaube an Jesus Christus...

*...Bestandteil meines Lebens.*

AG WELT: Ich bedanke mich ganz herzlich für das Gespräch und wünsche Ihnen Gottes Segen

(Quelle: Ersterscheinung am 19.02.2015 (<http://agwelt.de/?s=Petry>))

\*) Thomas Schneider ist Referent und Evangelist der Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e.V. (AG WELT e.V.), vertreten durch den 1. Vorsitzenden Michael Kotsch und den Geschäftsführer Walter Bähr. Vereinssitz: Elisabethstraße 15, 32791 Lage; E-Mail: [kontakt@agwelt.de](mailto:kontakt@agwelt.de).

23.02.2016